

Beschlussprotokoll zum Strategiegelgespräch der Regierungschefs vom 27. Juni 2019 in Wolfsberg, Ermatingen

Teilnehmende: Regierungsrätin Carmen Haag (Vorsitz, TG), Regierungsrat Fredy Fässler (SG), Regierungsrat Yves Noël Balmer (AR), Landammann Roland Inauen (AI), Regierungschef Adrian Hasler (FL), Regierungsrat Christian Amsler (SH), Regierungsrat Ernst Stocker (ZH), Staatssekretär Dr. Florian Stegmann (BW), Landesamtsdirektor Dr. Günther Eberle (VA), Landrat Elmar Stegmann (BY)

Joel Keller (TG), Karin Scheiffele, Ines Steinhauser (BW), Klaus-Dieter Schnell, Thomas Radke (IBK-Geschäftsstelle); Gäste: Isolde Erny (EBP Schweiz AG), Walter Bachmann (Generalsekretär SRG SSR)

Entschuldigt: Ministerpräsident Winfried Kretschmann (BW), Staatsminister Dr. Florian Herrmann (BY), Landeshauptmann Markus Wallner (VA), Regierungsrat Benedikt Würth (SG), Regierungsrat Alfred Stricker (AR), Staatsschreiber Dr. Rainer Gonzenbach (TG)

1 Begrüßung

Keine Beschlüsse

2 Umsetzung der IBK-Strategie

2.1 Strategieprojekt Zielbild Raum und Verkehr

Das von den Regierungschefs beauftragte strategische Zielbild 2030 soll die wesentlichen Elemente der bestehenden Raumkonzeptionen zusammenführen und visualisieren sowie Ziele und Handlungsgrundsätze formulieren und somit aus übergeordneter Sicht eine Argumentationshilfe für wichtige Vorhaben liefern. Eine Steuerungsgruppe der Kommissionen Raumordnung und Verkehr begleitet das Projekt. 25.000 Euro der Projektkosten von 63.000 Euro werden beim Interreg-Kleinprojektfonds beantragt. Ein erster Workshop findet am 25. Oktober statt und regionale Stakeholder sollen Gelegenheit erhalten, Zwischenergebnisse zu diskutieren. Der Kanton Zürich enthält sich bei Beschlussziffer 2, wird aber seinen Finanzierungsanteil tragen.

Beschluss

- 1. Der Bericht der Raumordnungskommission Bodensee (ROK-B) zum IBK-Strategieprojekt „Zielbild Raum und Verkehr“ wird zur Kenntnis genommen.**
- 2. Zur Durchführung des IBK-Projekts „Zielbild Raum und Verkehr“ werden insgesamt 38.000 Euro bewilligt. Die Mittel werden durch die Mitgliedsländer gemäss IBK-Schlüssel bereitgestellt. Die Finanzierungsbeiträge der Mitgliedsländer werden von der Geschäftsstelle vereinnahmt und der federführenden Stelle zugewiesen.**

2.2 Strategieprojekt E-Charta Bodensee

Die „E-Charta Bodensee – gemeinsam elektrisch unterwegs“ dient der Umsetzung der IBK-Strategie E-Mobilität, welche das Potenzial der Elektromobilität im Bodenseeraum vorbildlich ausschöpfen will. Die Charta soll Akzeptanz, Verhaltensänderung und Information/Kommunikation in der Region stärken und die bereits stattfindende Standardisierung von Technologien und Infrastruktur ergänzen. Die Charta bindet viele Akteursgruppen ein und besteht aus drei Teilen: Vision, Handlungsfelder für unterschiedliche Akteure sowie Betriebskonzept. Die Regierungschefs unterzeichnen die Vision der Charta und geben ihr damit politische Rückendeckung. Nun sollen möglichst viele regionale Akteure die Charta als Mitträger unterzeichnen. Der Auftakt dazu erfolgt am 24. Oktober 2019 im Rahmen des E-Mobility-Forums des Bodenseekreises. Anschließend wird die IBK die Charta weiter bekannt machen und deren Wirkung in der Region steigern.

Beschluss

- 1. Der Sachstandsbericht der Kommission Verkehr zum Strategieprojekt Umsetzung Strategie E-Mobilität wird zur Kenntnis genommen.**
- 2. Der „Internationalen Bodensee E-Charta – gemeinsam elektrisch unterwegs“ sowie dem Betriebskonzept mit der darin definierten Rolle und Verantwortung der IBK sowie den unterstützenden Maßnahmen zur Vernetzung wird zugestimmt.**
- 3. Die Mitgliedsländer stellen zur Begleitung und Weiterentwicklung der E-Charta gemäß IBK-Schlüssel einen Betrag von jährlich 21.000 € inkl. Steuern, zunächst für die Jahre 2020 und 2021 (vgl. Anlage 12, S. 3) zur Verfügung. Die IBK-Geschäftsstelle wird beauftragt, die Finanzierungsanteile der Mitglieder zu vereinnahmen und der von der Kommission Verkehr zu benennenden Stelle zuzuweisen.**

2.3 Politische Delegationsreise nach Bern

Um die Wahrnehmung der IBK zu stärken und gemeinsame Positionen zu vertreten, reisen die IBK-Regierungschefs im November nach Bern, um Gespräche mit zwei Bundesräten, dem Vorsteher des Departements für Wirtschaft, Bildung, Wissenschaft und dem Vorsteher des Departements für auswärtige Angelegenheiten, zu führen.

Beschluss

Dem Konzept für die Delegationsreise der Regierungschefs am 21. November 2019 nach Bern wird zugestimmt.

2.4 Angebotsverbesserungen Bahn Ostschweiz-Bregenz-Lindau

Beschluss

Die Internationale Bodensee-Konferenz (IBK) unterstützt das Vorhaben einer Verlängerung der Schienenverbindung Romanshorn – Rorschach – St.Margrethen – Bregenz – Lindau als RegioExpress (RE) zur Angebotsverbesserung und Taktverdichtung sowie mit weiteren Vorteilen für die Bodenseeregion. Die IBK sichert die konstruktive Mitarbeit bei der raschen Entwicklung eines Stufenplans für die langfristige Herstellung einer stündlichen, umsteigefreien Fernverkehrsverbindung zwischen (München-) Lindau – Bregenz - Richtung St. Gallen und Zürich zu und fordert von den zuständigen Entscheidungsträgern bzw. Verkehrsunternehmen, ihren Beitrag für die Umsetzung des Vorhabens zu leisten.

3 Abschaltung DVB-T in der Schweiz

W. Bachmann, Generalsekretär SRG SSR erläutert die Hintergründe der erfolgten Abschaltung des DVB-T-Signals in der Schweiz und präsentiert weiterhin bestehende Möglichkeiten, um Programm-Inhalte und Informationen aus der Schweiz im Ausland zu empfangen. Aktuell werden in allen Nachbarländern der Schweiz Möglichkeiten geprüft, wie durch private DVB-T-Netzbetreiber in der Schweiz wieder ein sogenannter Overspill in die grenznahen Nachbarregionen entstehen könnte.

Beschluss

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

4 Informationen aus dem Ständigen Ausschuss

4.1 Sachstand Interreg VI, Kleinprojektfonds, Gesamtfinanzierung

Die Programmierung von Interreg VI ist angelaufen. Die definitiven EU-Verordnungen und Zahlen zum Programm liegen voraussichtlich Mitte 2020 vor. Die IBK-Strategie ist in die ersten Schritte der Programmplanung bereits eingeflossen.

Der Zwischenstand zum Gesamtfinanzierungskonzept ab 2021, welches zur Regierungschefkonferenz im Dezember vorgelegt wird, wird zur Kenntnis genommen. Dazu gehören die Basisfinanzierung der IBK mit Geschäftsstelle, Management Kleinprojektfonds und Ad-hoc-Projekten sowie die Finanzierung der strategischen Projekte. Bei der Basisfinanzierung sollen Varianten mit und ohne Interreg-Mittel geprüft werden. Bereits im Dezember 2018 haben die Regierungschefs Vormerk davon genommen, dass ab 2021 Mitgliederbeiträge in Gesamthöhe von 550.000 Euro pro Jahr aufzubringen sein werden. Als Entscheidungsgrundlage wird der Ständige Ausschuss der Regierungschefkonferenz eine Gesamtsicht vorlegen, die auch Vorschläge enthält, ob und auf welche Projekte im Hinblick auf die neuen strategischen Ziele und auf eine Konzentration der Ressourcen verzichtet werden könnte.

Es ist beabsichtigt, den Kleinprojektfonds weiter zu entwickeln und so weit möglich in Interreg VI nach dem bisherigen Muster fortzuführen.

Beschluss

- 1. Der Sachstand zur Programmierung Interreg VI wird zur Kenntnis genommen.***
- 2. Der Sachstand zum Konzept „Gesamtfinanzierung der IBK“ mit den Eckpunkten zur IBK-Basisfinanzierung ab 2021 sowie zum Prüfauftrag für bestehende IBK-Aktivitäten wird zur Kenntnis genommen.***
- 3. Der Sachstand zur Weiterführung des IBK-Interreg-Kleinprojektfonds in Interreg VI wird zur Kenntnis genommen.***

4.2 Grenzüberschreitende Stoffströme (v.a. Kies)

Baden-Württemberg hatte im März 2019 im Ständigen Ausschuss angeregt, die Rohstoffströme über die Grenzen näher zu beleuchten. Dazu liegen keine einheitlichen Datengrundlagen vor und es bestehen zudem unterschiedliche Rahmenbedingungen für Konzessionierung und Abbau. Nach Vorabklärungen schlagen die Kommissionen Umwelt und Raumordnung vor, dass Baden-Württemberg ein entsprechendes Projekt lanciert, das ihre Mitglieder mit den bei ihnen verfügbaren Daten und Informationen unterstützen würden.

Beschluss

Der Sachstand wird zur Kenntnis genommen.

4.3 Kommissionen: Vorsitze und Personalressourcen

Bei den Vorsitzen der IBK-Kommissionen stehen einige Wechsel an. Die Vorsitze sollen möglichst zeitnah und regional ausgewogen besetzt sowie mit ausreichenden Ressourcen ausgestattet werden. Im Dezember werden sich die Regierungschefs wieder damit beschäftigen.

Beschluss

Der Sachstandsbericht zu den Kommissionsvorsitzen wird zur Kenntnis genommen.

5 Varia und Termine

Keine Beschlüsse